

An die Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses
Frau Anja Ihme

den Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Fabian Tigges
Droste-Hülshoff-Weg 12
58642 Iserlohn

23. Februar 2021

**Antrag zur Haushaltssatzung 2021:
Ausbau des Fachdienstes gegen sexualisierte Gewalt**

Sehr geehrte Frau Ihme,
sehr geehrter Herr Tigges,

namens der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Iserlohn bitten wir um Aufnahme Antrags in die Beratungen zur Haushaltssatzung 2021:

Ausbau des Fachdienstes gegen sexualisierte Gewalt

Beschlussvorschlag:

- A. Im Produkt 06.01.02 „Pädagogische Hilfen für Kinder, Jugendhilfe und ihre Familien“ wird der Haushaltsansatz 5313000 Verbandsumlage um 14.000 EUR erhöht, um den Ausbau des Fachdienstes gegen sexualisierte Gewalt beim Zweckverband für psychologische Beratung und Hilfen mit Besetzung von 1,0 weitere Stelle ab dem 1. Juli 2021 zu gewährleisten.
- B. In der Haushaltssatzung 2022 und der mittelfristigen Finanzplanung sollen 28.000 EUR p.a. vorgesehen werden.

Begründung:

Aktuelle Zahlen für Deutschland liefern besorgniserregende Einblicke: Demnach sind die Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und Übergriffe wie auch die mediale Verbreitung derartiger Inhalte drastisch angestiegen. Gerade durch die Art und Qualität der neuen Medien (u.a. Sozial Media, Onlinespiele, Darknet, Deep Web) eröffnen sich immer mehr Wege der Verbreitung und auch Kontaktaufnahmen von Tätern zu ihren Opfern, aber auch Tätern untereinander.

Experten, besonders im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, die Landesfachstelle NRW für „Prävention sexualisierter Gewalt“, der Kinderschutzbund und selbst der Präsident des BKA warnen in diesem Zusammenhang vor der hohen Dunkelziffer bei der Zahl der Kinder, die Opfer von sexualisierter Gewalt werden.

Die zusätzlichen Belastungssituationen, der nun nahezu ein Jahr andauernden Pandemie, potenzieren die Gewalt und den Missbrauch, auch im häuslichen Umfeld. Zu Tage treten werden viele Delikte erst nach dem Ende bzw. der Lockerung der aktuellen Maßnahmen zur Pandemieprophylaxe.

Der Zweckverband für psychologische Beratung und Hilfen (ZfB) hat 1998 einen Fachdienst gegen sexualisierte Gewalt eingerichtet. Seine Aufgabenbereiche sind die Beratung und Begleitung betroffener Kinder und Jugendlicher, die Präventionsarbeit sowie die Vernetzung. Der bereits beschriebene bundesweite Fallanstieg, deckt sich mit den eigenen statistischen Erhebungen des ZfB, der einen massiven Fallanstieg im Bereich dieses Fachdienstes warnend in seinem Bericht vom 18. November 2020 anzeigt. Die annähernde Ermittlung der im Verbandsgebiet zugrundeliegenden Dunkelziffer, wurde dabei wissenschaftlich von der MIKADO-Studie abgeleitet. Die Kapazitätsgrenze des Fachdienstes gegen sexualisierte Gewalt des ZfB ist aufgrund der Interpretation dieser Datenlage sowohl konzeptionell als auch faktisch in der Praxis deutlich überschritten. Die Dringlichkeit wird noch brisanter, wenn man die derzeitige Kapazität des Fachdienstes mit nur einer Psychologin, für alle drei Städte Hemer, Iserlohn und Menden, aufgeteilt in Klientenkontaktzeit, Vernetzung- und Präventionsarbeit sowie Team- und Supervisionsarbeit dieser erdrückenden Datenlage gegenüberstellt.

Wir befürchten, ohne die Unterstützung dieses Fachdienstes – auch auf dem Hintergrund des Gesetzes zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder der Bundesregierung vom (21. Oktober 2020), dass den belegbar drastisch steigenden Fallzahlen nicht mehr nach fachlichen Standards für Beratung- und Hilfsangebote und vor allem nicht mehr genügend präventiv begegnet werden kann. Eine unzureichende Prävention und mangelnde therapeutische Erstversorgung führen langfristig zu enormen Folgekosten. Vor allem anderen aber, sind diese erlebten Traumatisierungen, die oft erst Jahre später virulent werden, mit einer erheblichen seelischen, lebenslangen Beeinträchtigung des betreffenden Kindes verbunden: Bindungsstörungen, desolante Schul- und Berufsentwicklungen bis hin zu Persönlichkeitsstörungen sind keine Seltenheit.

Der Zweckverband sieht den Bedarf für zwei weitere Stellen. Wir halten das im Grundsatz auch für sinnvoll. Vor dem Hintergrund der derzeitigen städtischen Haushaltslage sollen die Mittel für zunächst eine Stelle zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Rm. Christian Grobauer
CDU-Fraktion

Rm. Sandra Gutschlag
SPD-Fraktion

Verteiler: Bm. Joithe, andere Fraktionen, Presse, 10/1, 10/3